

Neue Familien - alte Pflichten? : Politik mit Familie statt neuer Familienpolitik

Autor(en): **Hungerbühler Savary, Ruth**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **14 (1994)**

Heft 27

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651958>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Neue Familien - alte Pflichten?

Politik mit Familie statt neuer Familienpolitik

Die Rede vom neuen Pluralismus der Familienformen scheint den Blick dafür zu vernebeln, dass auch im „Jahr der Familie“ mit Familie Politik gemacht wird. Das Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft an „der Familie“ hält unvermindert an. Dass Menschen sich familiär verbinden, ist eine anthropologische Konstante. Dass Familien einen sozialen Auftrag zu erfüllen haben, ist eine gesellschaftliche Konstante, ob sie nun patriarchalisch organisiert sind oder nicht. Gegenwärtig leben wir in einer Zeit der Überlagerung und Mischung von alten und neuen Lebensweisen, Modellen und Zwängen - eine nicht sehr familienfreundliche Entwicklung.

Den neuen Familienformen ist ein Durchbruch gelungen. Was über längere Zeit ein Thema für FamilienforscherInnen und Feministinnen war, hat im „Jahr der Familie“ einen prominenten Platz in der öffentlichen Diskussion erobert. Die sozialwissenschaftliche Familienforschung wartet mit neuen Begriffen und neusten empirischen Befunden zu den Details der komplizierten modernen Familienverhältnisse auf. Wir leben gegenwärtig in „Verhandlungsfamilien auf Zeit“, in „Commuter-Ehen“, in „Fortsetzungsfamilien“, unsere Kinder haben möglicherweise „multiple Eltern“. (1) Wir kennen die Prozentsätze der Alleinerziehenden, der Singles, der bewusst kinderlos bleibenden Frauen. Wir kennen die Motive für Kinderwunsch, Familiengründung und Ehescheidung. Wo noch vor zehn bis zwanzig Jahre eine Forschungslücke bestand, häuft sich das Wissen.

Die von der Sozialgeschichte schon lange vollzogene Revision des traditionellen Familienbildes setzt sich mehr und mehr durch: wer von Familie spricht, kann nicht nur an die Formel „erwerbstätiger Mann/nichtberufstätige Hausfrau/gemeinsame Kinder im gemeinsamen Haushalt“ denken, sondern weiss heute auch, dass „das ‘bürgerliche’ Familienmodell“ in der historischen Perspektive keine überragende Rolle gespielt hat. Das bürgerliche Familienmodell gewann und hat noch immer eine äusserst starke kulturelle und rechtliche Prägekraft als „Keimzelle des Staates“ und als „Sozialisationsagentur“. Als Lebensweise hat es aber nie der Mehrheit der Bevölkerung entsprochen. Sein goldenes Zeitalter, d.h. seine wirklichkeitsnächste Zeit hatte es in den 50er Jahren dieses Jahrhunderts erreicht. Noch vor wenigen Jahren musste man mit der Rede von den neuen vielfältigen Familienformen fast missionarisch Position beziehen, heute rennt man damit offene Türen ein. Die Grunderkenntnis war wichtig: Es gibt nicht nur eine „gültige“ traditionell bürgerliche Familienform, es gibt deren viele, und sie sollten nicht als Abweichungen von der „Norm“ begriffen und deshalb sozial und rechtlich diskriminiert werden.

Die Familie ist tot - es lebe das neue „Zusammenleben“?

Was tritt an die Stelle des alten Familienmodells? Das lockere Zusammenleben unabhängiger Individuen statt der patriarchalischen Kleinfamilie mit ihrem Doppelgesicht von Versorgung und Abhängigkeit? Die Bilder, die gegenwärtig rund um die neuen Familien verbreitet werden, sind aufschlussreich. Wo uns vor vierzig Jahren ein forscher Vater entgegentrat, der beschützend seinen Arm um die propere Hausfrau und zwei verheissungsvolle Kinder legte, kommen uns die neuen Familien als lockere Gruppen auf dem Freizeitausflug entgegen, gutgelaunte Gruppen jeansbekleideter Individuen, die Altersunterschiede sind oft nur schwer ersichtlich und innerfamiliäre Rollenunterschiede werden nicht mehr visualisiert. Die schweizerische Illustrierte für Familienfragen, die „Schweizer Familie“, nennt sich neuerdings im Untertitel „Zeitschrift für das Zusammenleben“.

Was hat sich nicht verändert? Natürlich sind die Veränderung des traditionellen Familienmodells und die neuen pluralistischen Familienformen auch im Zusammenhang mit der 68er-Bewegung zu sehen, die im Geiste von David Coopers „Tod der Familie“ versuchte, die kleinfamiliären Strukturen zu überwinden, Autoritäts- und Besitzverhältnisse in Frage zu stellen und all dies in neuen Formen des Zusammenlebens, in Wohngemeinschaften umzusetzen. Der Antiautoritarismus der 68er Bewegung bereitete den derzeitigen Individualisierungsschub vor und war gleichzeitig selber Ausdruck dieses Prozesses. Es wäre allerdings völlig verfehlt zu denken, die zentralen familienspezifischen Optionen der 68er Bewegung seien auch nur annähernd gesellschaftlich relevant weiterverfolgt worden. Wohngemeinschaften und Kommunen kamen bekanntlich über den studentischen Zusammenhang, in dem sie entstanden, nicht hinaus. Vor allem ist es nur ausnahmsweise gelungen, die kleinfamiliäre Privatheit aufzubrechen, das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Privatheit fließender zu gestalten. Ein Umstand, dessen sich viele 68erInnen später als Mütter schmerzlich bewusst wurden.

Worin zeigen sich wiederum ideologische Züge beim neuen „pluralistischen Familienmodell“? Da das bis in den 60er Jahren dominierende Familienbild nun einmal demontiert ist, wäre es an der Zeit, sich einige Fragen differenziert zu stellen, um nicht vom einen Trugbild ins nächste zu gleiten. Nicht zuletzt deshalb, weil es darum geht, aufgrund des Verständnisses und der Interpretation der heutigen Situation zu neuen familienpolitischen Optionen zu kommen, die der Wirklichkeit gerecht werden.

Die Pluralität der neuen Familienformen ist im historischen Vergleich nicht das entscheidend Neue. Schon in früheren Jahrhunderten gab es zusammengesetzte Familien mit Kindern verschiedener Eltern, Familien, die nicht zusammen wohnten, hohe Anteile lediger Kinderloser, alleinstehende Mütter. Neu sind teilweise die Ursachen, die zur jeweiligen Familienform führen, und neu sind vor allem die Motivationen und die entsprechenden Selbstinterpretationen. Während Fortsetzungsfamilien früher meist infolge des Todes eines Ehepartners zustandekamen, ist heute eine Trennung oder eine Scheidung der Hauptgrund. Während früher ausschliesslich harte wirt-

schaftliche Not die Familiernährer ins Ausland trieb, sind es heute die je persönlichen beruflichen Optionen oder die Karriere der Partner, oder auch der Wunsch, durch das „living-apart-together“, das heisst getrennte Haushalte und damit einen getrennten Alltag, sich weniger familiäre Konflikte einzuhandeln. Während früher das Ledigsein mehrheitlich wirtschaftliche oder religiöse Gründe hatte, treten heute stark individualistische Lebensentwürfe in den Vordergrund.

Die Motive der Familiengründung und -auflösung haben sich verändert. Wie sehr allerdings die Ökonomie noch immer eine Rolle spielt, obwohl sie nicht mehr als subjektiv bewusstes Handlungsmotiv erscheint, das wird zu zeigen sein. Paare haben geheiratet, um eine wirtschaftliche Existenzgemeinschaft zu gründen, Kinder waren eine Vorsorge fürs Alter. Heute tun sich Paare zusammen, weil sie sich lieben, Frauen bringen Kinder zur Welt, weil sie Elternschaft erleben möchten. Biografien werden nicht mehr als Standes- und Schicksalsbiografien wahrgenommen, sondern als Wahlbiografien. An die Stelle des Schicksals und der ökonomischen Notwendigkeit tritt die Idee von der Machbarkeit des Glücks. Erfüllt die Wahlbiografie den je individuellen Glücksanspruch nicht mehr, wird sie umgestaltet, es wird neu gewählt: ein neuer Partner, eine neue Ausbildung, ein neuer Wohnort, neue Kinder in neuen familiären Konstellationen. Aus der Sicht des Einzelnen geht es vor allem darum, es „richtig“ zu machen, den erkannten bzw. vorgestellten inneren Kern seiner selbst zu verwirklichen: „so, wie es für mich stimmt“, lautet die entsprechende Redewendung.

Die männlich konzipierte Individualisierung macht Familienpolitik

In der Soziologie wird diese gesellschaftliche Veränderung als Individualisierung verstanden: als ein Prozess der Modernisierung, in welchem der einzelne Mensch sukzessive aus traditionellen Bindungen wie etwa ständischen, verwandtschaftlichen, religiösen, regionalen oder dann später auch klassenspezifischen herausgelöst wurde. Seit rund zwanzig Jahren werden auch die Frauen, die traditionellen Hüterinnen der Familie vom Sog der Individualisierung mitgerissen, sie sind in einem unumkehrbaren Prozess, der als konsequente Durchsetzung der Moderne zu verstehen ist. Ulrich Beck hat schon vor Jahren den Begriff der „halbierten Moderne“ geprägt (1986), womit er auf den Umstand anspielt, dass eine Moderne, die an der traditionellen familiären Arbeitsteilung vorbeigeht, eben nur eine halbe Moderne ist. Anders gesagt - und da werden die Widersprüche virulent -, die Moderne konnte nur Fuss fassen, weil sie eine halbe war, das heisst, dass sie auf der nicht modernisierten Hälfte, den Hüterinnen des Herdes, fusste. Der neuste Individualisierungsschub, der nun auch die Frauen erfasst, schafft diese Widersprüche nicht ab, sondern spitzt sie zu: Frauen werden rechtlich zwar Schritt für Schritt dem männlichen Marktsubjekt „gleichgestellt“ (was allerdings die Lohnungleichheit nicht abschafft), während gleichzeitig die Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit nicht stattfindet. Die Erfüllung des notwendigen Solls an bezahlter und unbezahlter Arbeit wird dem je

individuellen Arrangement überlassen und bleibt somit Privatsache - nachweislich auf Kosten der Frauen (2). Der Arbeitsmarkt verfolgt eine perfide Doppelstrategie: Einerseits werden Frauen „wie Männer“ behandelt, was Frauen mit Betreuungspflichten diskriminiert, andererseits werden Frauen wie Frauen mit potentiellen Betreuungspflichten gesehen, was alle Frauen diskriminiert. Die Gleichstellungspolitik vermochte diesen Teufelskreis bisher nicht aufzubrechen. Diese Doppelstrategie bestimmt die Familienpolitik, und zwar in ihrer spezifischen Kombination von neuen Optionen und alten Zwängen.

Was ist tatsächlich neu an der Pluralität der Familienformen? Neu ist die scheinbare Wahlfreiheit der persönlichen Biografie und neu ist, dass infolge der Verletzlichkeit dieser neuen familiären Verbindungen, die auf persönlich getroffenen Entscheidungen beruhen, enorm viele Ehen und Partnerschaften auseinanderbrechen und weniger Kinder geboren werden. Ich betone die „Scheinbarkeit“ der Wahl gerade deshalb, weil sich die in ihr enthaltene Erwartung an die individuelle Gestaltbarkeit der persönlichen Biografie nur allzu oft als grosse Illusion entpuppt - vorab für Frauen, zumindest was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die ökonomische Unabhängigkeit anbelangt. Gerade auch das Prekäre, die Unsicherheit der je persönlich getroffenen Arrangements, Beruf und Familie zu vereinbaren, schafft kein günstiges Klima für Kinderreichtum. Für Frauen des Jahrgangs 1960 wird noch eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,3 prognostiziert (3).

Ich habe eingangs erwähnt, dass zurecht sowohl die zeitliche als auch die repräsentative Dimension des bürgerlichen Familienmodells relativiert wird. Nur: Der Aufwand, der betrieben werden muss, um dieses Modell als ein ideologisches zu entlarven, ist ein Zeichen dafür, dass sich diese Familienideologie mit Erfolg durchsetzen konnte, und so war es auch: Es wurde vorab in rechtssoziologischen Studien - und vor allem von feministisch interessierten Kreisen - vielfach nachgewiesen: Die normative Kraft des bürgerlichen Familienmodells hat es schliesslich soweit gebracht, dass das Familienrecht und die Sozialversicherungssysteme so tun konnten, als ob alle BürgerInnen diesem Modell gemäss leben würden. Die rechtliche und kulturelle Prägung des bürgerlichen Familienmodells war jedenfalls enorm. Die Standards einer bürgerlichen Haushaltsführung wurden im obligatorischen Hauswirtschaftsunterricht übernommen, ja schon die Einführung des Hauswirtschaftsunterrichts selber ging auf das Anliegen zurück, die Arbeitertöchter zu befähigen, einen ordentlichen Hausstand zu führen und damit die Männer nach der Fabrikarbeit vom Wirtshaus fernzuhalten. Und auch die Einflüsse des bürgerlichen Familienmodells auf die Kindererziehung waren nachhaltig (4).

Heute ist man - vorläufig im rechtlichen Bereich - daran, die normative Grundlagenfunktion des bürgerlichen Familienmodells zugunsten einer partnerschaftlichen Beziehung zwischen den Geschlechtern zu verändern. Wo aber rechtliche Mittel nicht greifen (z.B. der Anstellungs- und Kündigungspolitik), wird noch immer davon ausgegangen, dass Frauen auf einen realen bzw. potentiellen Ernährer zurückgreifen könnten. Durchaus traditionell

geblieben sind die traditionelle innerfamiliäre Arbeits- und Rollenteilung, der traditionelle Ausschluss der Öffentlichkeit. Ein Forschungsergebnis ist mir dabei aufgefallen: Dass Fortsetzungsfamilien alle Anstrengungen daran setzen, sowohl gegen innen als auch gegen aussen so schnell als möglich wieder das Bild einer „normalen“ Kleinfamilie herauszustellen (5).

Familiäre Solidarität: gefährdet oder zukunftssträftig?

Die Pessimisten, die sich als „konservativ“ verstehen, beklagen den Zerfall des familiären Zusammenhalts und befürchten, die Individualisierung löse bisherige familiäre Solidaritäten und Werte auf. Die Optimisten, sie zählen sich eher zu den „Fortschrittlichen“, begrüßen die grössere individuelle Freiheit (namentlich für die Frauen) und sehen in der Pluralisierung der familiären Beziehungen das Knüpfen neuer sozialer Netze. Beide Seiten haben recht und unrecht zugleich. Die konservative Seite hatte mit ihrer Prognose, die zunehmende Berufstätigkeit der Frau würde den familiären Zusammenhalt gefährden, vordergründig recht. Seit es für Frauen andere Möglichkeiten gibt, ihre Existenz zu sichern, als auf die ausschliessliche ökonomische Abhängigkeit vom Ehemann zu bauen, gehen zuhauf Ehen in die Brüche. Rund jede dritte Ehe wird geschieden. Der Grossteil der Scheidungsklagen und -initiativen kommt von seiten der Frauen. Viele Frauen, auch gut ausgebildete, werden durch diesen Schritt in die „neue Armut“ gedrängt bzw. vertauschen ihre Abhängigkeit vom Ehemann mit derjenigen vom Sozialstaat. Die konservative Seite hatte auch recht mit ihrer Einschätzung, die Erwerbstätigkeit der Frau sei „familienfeindlich“ insofern, als seither signifikant weniger Kinder geboren werden. Nur: Ist die Berufstätigkeit der Frau der Sündenbock - oder sind es nicht eher die wirtschaftlichen Leitbilder, die den Frauen suggerieren, sich gleichberechtigt an Berufswelt, politischer und kultureller Öffentlichkeit beteiligen zu können, ohne dass diese Instanzen sich allerdings um die Vereinbarkeit von Familie und ausserhäuslichem Engagement kümmern?

In die Irre geht die konservative Seite mit ihrem Diktum des „Wertezerfalls“. Alle soziologischen Untersuchungen haben diesbezüglich ergeben, dass familiäre Werte nach wie vor hoch im Kurs stehen. Aufschlussreich ist auch, dass der Kinderwunsch der Paare durchwegs höher liegt als die realisierte Kinderzahl (6). Auch die Abnahme der familiären Solidarität kann nicht aus den Auflösungstendenzen der alten Familienform gefolgert werden. Neuere Untersuchungen haben ergeben, dass die innerfamiliäre Solidarität eher zu- als abgenommen hat. So werden etwa trotz der Doppelbelastung berufstätiger Frauen 80-90 Prozent aller pflegebedürftigen Personen in der Familie gepflegt (7).

Die Optimisten haben recht mit der Erwartung, dass durch die Vervielfältigung der familiären Verhältnisse neue soziale Netze entstehen könnten. So zeichnet sich beispielsweise ab, dass Trennungen und Scheidungen zwar häufiger vorkommen, aber weniger strikt gelebt werden. Im Idealfall wird die ehemalige Partnerschaft in eine Freundschaft umgewandelt und das ur-

sprüngliche Elternpaar führt gelegentlich noch ein gemeinsames Familienleben mit den gemeinsamen Kindern und neuen PartnerInnen, seien es gemeinsam verbrachte Sonntagsausflüge, Ferien oder Kindergeburtstage. Eine Vervielfältigung der Grosselternschaft könnte sicher etliche Kinderbetreuungsprobleme lösen. Alleinstehende Mütter könnten sich nach aussereuropäischer Manier für viele Alltagsbelange zusammentun. Inwieweit diese Möglichkeiten des Aufbaus eines neuen Solidarnetzes bereits ansatzweise genutzt werden, kann noch nicht mit Gewissheit gesagt werden (8). Falls sich hier Möglichkeiten abzeichnen sollten, dürfte sich dafür jedenfalls der überforderte Sozialstaat recht schnell interessieren.

Die Optimisten haben auch recht in der Betonung der grösseren Freiheitsgrade für die einzelnen Individuen. Doch genau in diesem Bereich siedeln sich auch die Fallgruben der Individualisierung an. Die Individualisierungseuphorie macht mitunter blind für Entwicklungen, die zwar subjektiv als befreiend oder emanzipatorisch erlebt und bewertet werden, die aber objektiv auch im Dienste einer Wirtschaftspolitik stehen, die sich wenig um das soziale Wohlergehen der Familien kümmert. Ganz in diesem Sinn schrieb etwa kürzlich die Vizepräsidentin der FDP-Frauen der Stadt Zürich in einem längeren Artikel: „Für die Behauptung in einer auf Karriere in jeder Richtung offenen, sich rasch wandelnden Gesellschaft ohne Privilegien ist das Urvertrauen eine Grundvoraussetzung für den Erfolg. (...) Jede Familie muss nach dem liberalen Grundsatz individueller Freiheit von Mann und Frau den ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten angemessenen eigenen Weg gehen können. Flexibilisierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird das Schlagwort des nächsten Jahrhunderts sein. Das liberale Familienkonzept hat Zukunft!“ (vgl. Katharina Bretscher-Spindler, NZZ 16./17. April 1994).

Ich möchte an zwei symptomatischen Fragen, die für die neuen Familienformen eine wichtige Rolle spielen, erläutern, wie sich die Fallgruben der Individualisierung als Handlanger der Wirtschaftspolitik erweisen können. Es geht um die Problematik der „ewigen Adoleszenz“ und der „tabuisierten Abhängigkeit“.

Ewige Adoleszenz

Die Ideologie der „ewigen Adoleszenz“ fördert eine Selbstwahrnehmung, die suggeriert, unabhängig vom eigenen tatsächlichen Lebensalter immerwährend an der Schwelle des Erwachsenwerdens zu stehen, wo noch alles möglich ist, alles gestaltbar und entscheidbar. Sie geht in ihrer Wirkung weit über das von der Werbung verbreitete Jugendlichkeitsdiktat hinaus, sie bietet in einem tiefgreifenderen Sinne eine „Lebensorientierung“ an, die sich etwa in der Vorstellung vom „lebenslangen Lernen“ oder in der Illusion der jederzeitigen Neu- und Umgestaltbarkeit der persönlichen (beruflichen oder familiären) Biografie niederschlägt. Sie dringt gerade in Bereichen durch, die allgemein als „Individualisierungsfortschritt“ gelten, so ein vom Lebensalter unabhängiger Heiratsmarkt, Kurse für Frauen in der Menopause, die suggerieren: Jetzt beginnt dein Leben erst richtig. Lockende Angebote von Ausbil-

dungen und Weiterbildungen, die versprechen, ganz neue berufliche Tätigkeitsfelder zu eröffnen. Natürlich ist die Perspektive vom traditionell offenen Lebensalter ein Freiheitsgewinn, weg von der biedereren Vorstellung, jedem Lebensalter zieme ein angemessener Lebensstil, die Biografie habe traditionell vorgegebenen Lebensetappen zu folgen: Ausbildung, Familie, Eigenheim, Rente, Lebensabend. Heutzutage reisen mehr und mehr RentnerInnen in der Welt herum, Frauen machen mit vierzig Jahren eine Zweit- oder Drittausbildung, Männer gründen mit fünfzig eine zweite Familie. Man ist flexibel, mobil, lernbereit.

Warum ist das Klischee der „ewigen Adoleszenz“ gegenwärtig so wirksam? Die Frage führt zu seiner ideologischen Komponente: Die neuste wirtschaftliche Revolution, die technologische, braucht akkurat sich ewig jung haltende Arbeitskräfte. Wenn Erwachsene sich ewig adolescent, also konform verhalten, werden die derzeit vom Markt geforderten Qualitäten eingeübt: Flexibilität und Mobilität. Oder anders gesagt: Die pluralisierten Familienformen sind in ihrem flexiblen und mobilen Charakter Abbild von und Antwort auf derzeitige wirtschaftliche Leistungsanforderungen.

Tabuisierte Abhängigkeit

Eine vergleichbare ideologische Wirkung sehe ich in der Tabuisierung von Abhängigkeit am Werk. Nicht nur ökonomische Unabhängigkeit ist angesagt, zweifellos ein individueller Freiheitsgewinn. Aber dieses Menschenbild eines marktgerechten Individuums, das frei, unabhängig, flexibel und mobil ist, grenzt weite Teile der Bevölkerung aus: die immer zahlreicher werdenden und auf Pflegeleistungen angewiesenen Alten, die Kinder sowie Menschen, die aus irgendeinem Grund mit dem Flexibilitäts- und Mobilitätsansprüchen des Marktes nicht mehr mithalten können: Kranke, Behinderte, Verzweifelte. Sozial Abhängige sind im Individualisierungskonzept nicht mitgedacht. Abhängigkeit ist in unserer Gesellschaft tabu. Kein Wunder, tritt sie als verdrängte Schattenseite dieser Gesellschaft in geballter Form dort auf, wo man sie als deklariertes Problem verorten, aussondern- und kontrollieren und dann therapieren will: als Drogenabhängigkeit.

Nicht nur Alte, Kinder und Kranke sind abhängig, sondern auch Frauen mit Betreuungspflichten. Gerade an ihnen wird das ideologische Moment der Tabuisierung von Abhängigkeit deutlich. Frauen mit Betreuungspflichten verhalten sich janusköpfig: Auf der einen Seite sind sie individualisierte, mobil und flexibel einsetzbare Arbeitskräfte, auf der anderen Seite beginnt ihre Abhängigkeit genau dort, wo die Betreuungsfunktion ihrer Mobilität und Flexibilität Grenzen setzt. Natürlich könnte ein frauenfreundlicherer Sozialstaat, der nicht nur „männliche Risiken“ versichert, Leistungen anbieten, die die ökonomische Abhängigkeit der Ehefrau vom Ehemann ersetzt bzw. alleinstehende Personen mit Betreuungspflichten unterstützt. Es ist wohl auch konsequent, wenn das im Rahmen von Gleichstellungsprogrammen gefordert wird. Die zentrale Abhängigkeit wird damit allerdings nicht aus der Welt geschafft, sondern nur ausgewechselt, anonymisiert. Gerade die Fami-

lie ist ein System von gegenseitigen Abhängigkeiten, die auch ganz zentral mit den alltäglichen körperlichen Abhängigkeiten zu tun hat. Wir sind von unseren Körpern abhängig, eine Tatsache, die seit dem Mittelalter zunehmend aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein verdrängt wurde. Und das hat wesentlich mit der Herausbildung des bürgerlichen Individualismus und mit der damit im Zusammenhang stehenden Idee der Machbarkeit zu tun. Dass Abhängigkeiten nicht sein dürfen, ist eine alte/neue ideologische Falle, die im Rahmen der neuen pluralistischen, auf dem „liberalen Grundsatz Freiheit“ beruhenden familiären Verbindungen gestellt wird.

Der Auftrag der Familie

„Die Macht der Familie liegt in ihrer sozialen Mittlerfunktion. Sie untermauert die effektive Macht der herrschenden Klasse in jeder Ausbeutungsgesellschaft, indem sie für jede gesellschaftliche Institution eine äusserst kontrollierbare paradigmatische Form liefert.“ So schrieb David Cooper anfangs der 70er Jahre (9). Heutzutage scheint der theoretische Diskurs, der die Familie nicht nur als gesellschaftliche Kleingruppe mit ihrer Eigendynamik, sondern als eine Institution begreift, die notgedrungenerweise in einem extremen Spannungsfeld zwischen privaten und öffentlichen Bedürfnissen steht, seltsamerweise in Vergessenheit geraten zu sein. Der Ansatzpunkt, Familie nicht als einen in sich geschlossenen Mikrokosmos zu betrachten, sondern als Institution mit einem gesellschaftlichen Auftrag, knüpfte bereits an die familiensoziologischen Studien der kritischen Theorie an (10). Dieser familienkritische Diskurs als gesellschaftspolitische Debatte wird sträflich vernachlässigt. Die Familie als „Sozialisationsagentur“ wird zwar nach wie vor für allerlei Missstände verantwortlich gemacht (Drogensucht, jugendliche Gewalttätigkeit und sexuelle Übergriffe), das Augenmerk richtet sich dabei aber zunehmend auf die „verwahrlosenden Mütter“ oder die „bösen Väter“. Unter dieser Optik wird zwar die mehr als problematische Inzest-Debatte sowie diejenige über innerfamiliäre Gewalt geführt, aber in der Beschränkung auf diesen Blickwinkel sehr verzerrt.

Was in der Familie an Verhaltensdispositionen gelernt werden muss, die in Wirtschaft und Gesellschaft gefragt sind und wo diese im Widerspruch stehen mit familiären Werten bzw. wie Familien auf die widersprüchlichen Anforderungen und Erwartungen zu reagieren haben - das ist eine Auseinandersetzung, die wieder aufgenommen werden muss. Auch die neuen Familien, so pluralistisch sie von ihrer Form her auch sind, haben einen gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen. Der traditionellen Familie oblag die ökonomische Existenzsicherung ihrer Mitglieder. Von der bürgerlichen Familie wurde erwartet, dass sie den Ehemann für den freien Wettbewerb und die ökonomische Sicherung freistellte und den Kindern eine rechtschaffene Erziehung (zum bürgerlichen Arbeitsethos) garantierte. Und die neuen Familien? Den Mann freistellen sollen sie noch immer, die Frau ist allerdings auf dem Arbeitsmarkt jetzt auch gefragt als Arbeitskraft, wemgleich in Krisenzeiten häufig nur als Teilzeitkraft; vor allem aber ist sie gefragt als Mitfinanziererin

der Sozialversicherungen. Kinder sollen sie nach wie vor auf- und erziehen, auch als künftige Arbeitskräfte und Sozialbeitragszahler.

Die Erziehungsziele sind vielfältig und widersprüchlich geworden. Natürlich wird Leistungsorientierung noch immer geschätzt, aber nicht mehr hinsichtlich einer klar umrissenen Berufsidentifikation, denn vielleicht lernen die Jugendlichen heute etwas, was morgen schon wieder veraltet ist. „Flexibilität“ und „Mobilität“ sollen als Überlebensprinzipien gelernt und eingeübt werden; diese Leistungsorientierung wird spätestens dann hinderlich, wenn eine/r zur einkalkulierten Sockelarbeitslosigkeit gehören wird. Triebökonomisch muss ebenfalls eine gewisse Flexibilität angestrebt werden; eine Bereitschaft zum hemmungslosen Konsum, solange man sich ihn leisten kann, bei gleichzeitig abrufbarer Bescheidenheit, wenn Verzicht angesagt ist.

Das Verdienst der familiensoziologischen Untersuchungen der kritischen Theorie (Horkheimer et.al.) und später der familienkritischen Diskussion anfangs der siebziger Jahre (Cooper, Laing, Brückner) lag u.a. in der Untersuchung dessen, was in der Familie als Interesse der jeweiligen Wirtschaft und Gesellschaft sich verbirgt und gelernt werden muss, und wie dieses „Lernen“ durchgesetzt wird von der (als gesellschaftliche Institution) begriffenen Familie. Im Zentrum der Analyse standen die Entwicklung der (bürgerlichen) Identität, das gesellschaftskonforme Verhältnis zu Autorität und Besitzverhältnissen. Beide Denkrichtungen insistierten auf der Gewaltförmigkeit dieses Prozesses: „Furchtbares hat die Menschheit sich antun müssen, bis das Selbst, der identische, zweckgerichtete, männliche Charakter des Menschen geschaffen war, und etwas davon wird noch in jeder Kindheit wiederholt. Die Anstrengung, das Ich zusammenzuhalten, haftet dem Ich auf allen Stufen an, und stets war die Lockung, es zu verlieren, mit der blinden Entschlossenheit zu seiner Erhaltung gepaart.“ (11) Der neue Individualismus, die demokratisierte Suche nach Selbstverwirklichung, das demokratisierte Recht auf den eigenen Lebensstil sind einerseits als Rebellion gegen den Zwangscharakter der gesellschaftlich bedingten bürgerlichen Identität zu verstehen. In diesem Sinn ist der Habitus der „ewigen Adoleszenz“ sicher auch Ausdruck eines Protestes. Sehr genau untersucht werden muss, inwiefern neue/alte Gesellschaftskonformität erzeugende Zwangsprozesse im Gange sind, deren Imperative den neuen Familien als „Auftrag“ übertragen werden.

Im Rahmen einer „institutionskritischen“ Familiendebatte müssten auch diejenigen Überlegungen angestellt werden, die nach neuen sozialpolitischen Optionen fragen, die sich auf die neuen pluralistischen Familienformen abstützen; um nämlich nicht Gefahr zu laufen, wiederum mit einem weitläufigen sozialpolitischen „Sicherheitssystem“ etwas festzuschreiben, was sich dann wiederum als zwanghaft und gewaltförmig auswirkt.

Warum wird zum Beispiel die Quotendiskussion nur an die Geschlechtszugehörigkeit geknüpft? Sollten nicht vielmehr auch Quoten gefordert werden für Personen, die unbezahlte Betreuungsarbeit leisten? Die Forderungen nach zivilstandsunabhängigen sozialen Sicherungssystemen sind nur ein

Anfang. Ganz wichtig sind alle Bestrebungen, (geschlechtsunspezifisch) Kinderbetreuungs- und Pflegearbeit sozialversicherungsmässig zu honorieren, Angebote ausserhäuslicher Kinderbetreuung auszubauen und private Initiativen zu unterstützen, die das Entstehen von neuen sozialen Netzen, von zwischenfamiliären Netzen der gegenseitigen Hilfe im Auge haben. Denn nicht die Männer und Frauen sind müde geworden, Familie zu haben, sondern vor allem der Staat und der Arbeitsmarkt sind es, die mit ihrem Zugriff auf das Individuum die Lebbarkeit seiner familiären Bindungen verhindern.

Anmerkungen

- 1) „Verhandlungsfamilien auf Zeit“: Paare bleiben zusammen, solange sie gemeinsame Interessen/Aufgaben (z.B. Kindererziehung) haben. Alle familiären Entscheide müssen ausgehandelt werden. Vgl. U. Beck/E. Beck-Gernsheim: Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt a.M. 1990.
„Commuter-Ehen“: Paare, die in getrennten Haushalten leben.
„Multiple Elternschaft“ kann sich aufgrund der heterologen Insemination ergeben.
Eine Klassifizierung der neuen Elternbegriffe findet sich bei: K. Lüscher: Familie im Spannungsfeld von Pragmatismus, Individualismus und Moral. In: ZeitSchrift, Feb.1994, Bern.
- 2) Vgl. Höpflinger F.: Familienrollen - Geschlechtsrollen. In: Th. Fleiner-Gerster/P. Gilliland/K. Lüscher (Hg): Familien in der Schweiz, Freiburg 1991.
- 3) Vgl. B. Fux/H.-J. Hoffmann-Nowotny: Determinanten von Komponenten der Fertilität. Zürich 1989.
- 4) Vgl. S. Grossenbacher: Familienpolitik und Frauenfrage in der Schweiz. Grusch 1987, und D. Gugerli: Das bürgerliche Familienbild im sozialen Wandel. In: Th. Fleiner-Gerster et al., a.a.O.
- 5) Vgl. Ch. Borer/K. Ley: Und sie paaren sich wieder. Über Fortsetzungsfamilien. Tübingen 1992.
- 6) Vgl. B. Fux/A. Bösch/P. Gisler: Schlussbericht NF-Projekt „Bevölkerung und Wohlfahrt“. Zürich 1993.
- 7) Vgl. K.-O. Hondrich/C. Koch-Arzberger: Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt a.M. 1992, und Ch. Lalive d' Epinay/M. Schrage-Dykstra: Les personnes âgées et leur famille. In: Th. Fleiner-Gerster et al., a.a.O.
- 8) Von den in der Abschlussphase stehenden Teilprojekten des NFP 29 („Wandel der Lebensformen und der sozialen Sicherheit“) werden Antworten zu erwarten sein.
- 9) David Cooper: Der Tod der Familie. Reinbek bei Hamburg 1972.
- 10) Vgl. M. Horkheimer/E. Fromm/H. Marcuse u.a.: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. Lüneburg 1987.
- 11) Max Horkheimer und Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. In: M. Horkheimer. Ges. Schriften Bd 5, Frankfurt 1987, S. 56.